



Besser für die Menschen – Deutschlands Chancen nutzen

Unter diesem Motto stand die diesjährige Klausur des Bundesvorstands der CDU Deutschlands zum Jahresauftakt in Kiel.

Sie war ein wichtiges Signal der Unterstützung für die im Wahlkampf stehenden

Landesverbände Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, sagte die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel. „Die Klausurtagung hat den Gemeinschaftsgeist des Bundesvorstands zum Ausdruck gebracht“, hob ▶

INHALT

Dokumentation
Kieler Erklärung des
Bundesvorstands der CDU

Innenteil

Union in Europa

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Besser für die Menschen – Deutschlands Chancen nutzen (Seite 1-3) ■ Schleswig-Holstein: „Für bessere Bildung – Gegen die Einheitsschule“ (Seite 4) ■ Nordrhein-Westfalen: Rüttgers startet durch (Seite 5) ■ Spitzengespräch von CDU und EKD (Seite 6) ■ Volker Kauder: „Ohne neue Jobs wird Hartz IV zum Flop“ (Seite 7) ■ Zwei Jahre Bürokratieabbau: immer mehr Fragen ungelöst (Seite 8) ■ Rot-grüne Antidiskriminierung – ein Angriff auf die Vertragsfreiheit (Seite 9-10) ■ Friedbert Pflüger: Hoffnung auf Frieden in Nahost (Seite 11-12) ■ Dietrich Austermann: Haushaltsloch über 10 Milliarden Euro (Seite 12-13) ■ Georg Brunnhuber: City-Maut schadet den Städten (Seite 13)

► Merkel hervor. Die Partei gehe selbstbewusst und optimistisch in die anstehenden Wahlkämpfe und in das kommende Jahr.

Merkel übte erneut scharfe Kritik an der Arbeit von Rot-Grün. „Sowohl die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen als auch die Bundesregierung haben die Erwartungen der Menschen bitter enttäuscht.“ Deutschland habe mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg und einem Schwindel erregenden Anstieg der Neuverschuldung zu kämpfen. Die sozialen Sicherungssysteme stünden vor dem Kollaps. „Uns interessiert nur die Frage, wie es den Menschen in diesem Lande wieder besser gehen kann.“ Deutschland stehe nicht am Ende, sondern am Anfang eines Reformweges.

Die Diskussionen während der Vorstandsklausur seien von dem Willen geprägt gewesen, bei den beiden Landtagswahlen einen Politikwechsel zu schaffen, sagte Merkel. Die Zeichen



„Kiel hat deutlich gemacht, dass die CDU bessere Konzepte als Rot-Grün hat. Die derzeitige Bundesregierung hat nicht die Kraft, das Problem der Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen und für eine Politik für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen,“ sagte der designierte CDU-Generalsekretär Volker Kauder.

stünden gut, die Wahl im nördlichsten Bundesland zu gewinnen. „Wir können und wir werden den Politikwechsel in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen schaffen. Diese Länder brauchen das.“

In der Kieler Erklärung des Bundesvorstands heißt es unter anderem, die Union müsse dabei Reformmotor des Landes sein. Außerdem legte der CDU-Bundesvorstand die Schwerpunkte für die programmatische Arbeit 2005 fest. So soll eine Kommission zur Familienpolitik

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Der Vorsitzende der französischen konservativen Partei UMP, Nicolas Sarkozy, und die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, demonstrieren Einigkeit.

eingesetzt werden. Ihr Fokus soll auf der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen. Weiterer Schwerpunkt soll die Außen- und Sicherheitspolitik sein. Hierzu wird ebenfalls eine Kommission eingesetzt.

Landtagswahlkampf

Vor der Klausurtagung hatte die CDU Schleswig-Holstein den Wahlkampf eröffnet. Der schleswig-holsteinische CDU-Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen zeigte sich optimistisch. Der Ausgang der Wahl sei vollkommen offen. Dieses Kopf-an-Kopf-Rennen werde gewinnen, „wer schnellerläuft“. Die rot-grüne Landesregierung aber verkörpere „Still-

stand und Rückschritt“. Die Lage des nördlichsten Bundeslandes sei „desaströs“. Er spüre auf den Wahlkampfveranstaltungen ein „hohes Maß an Zustimmung“. Es gebe eine Wechselstimmung im nördlichsten Bundesland, betonte Carstensen. Carstensen kündigte an, er werde einen themenbezogenen Wahlkampf führen. Wichtig seien vor allem die Arbeitsmarkt- und die Bildungspolitik.

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bekräftigten die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und der Vorsitzen-

de der französischen UMP, Nicolas Sarkozy, ihre volle und uneingeschränkte Unterstützung für den europäischen Verfassungsvertrag. Beide sprachen sich zudem erneut gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus.

„Europa muss sich zu seinen Grenzen bekennen“, erklärte Merkel. Deshalb seien beide Parteien für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. Es sei zu befürchten, dass eine Vollmitgliedschaft künftig die Handlungsfähigkeit der europäischen Union schwächen würde. Sarkozy betonte, die Positionen von UMP und CDU in der Frage eines Türkeibeitritts zu Europa seien „identisch“.

Es wurde außerdem vereinbart, dass unter Leitung der Generalsekretäre beider Parteien eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll, die den Erfahrungsaustausch intensivieren und Erklärungen vorbereiten soll, die den Gremien beider Parteien vorgelegt werden.

- Kieler Erklärung
- Gemeinsame Erklärung von CDU und UMP sowie weitere Informationen finden sie auf www.cdu.de, Navigationspunkt „Themen“, Stichwort „Politik A-Z“



Schleswig-Holstein

„Für bessere Bildung – Gegen die Einheitsschule“

Unter dem Motto „Rettet unsere Schulen jetzt“ hat die CDU Schleswig-Holsteins im Rahmen des Landtagswahlkampfes zu einer Unterschriftenaktion für die Schulen des Landes und gegen die Einführung der Einheitsschule aufgerufen.

Mit ihrem Konzept zur Weiterentwicklung des Schulwesens und einer Kampagne gegen die Einheitsschule stellt die CDU Schleswig-Holsteins damit die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rot-Grün. Dies erklärten der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, und der Bildungsexperte in seinem Kompetenzteam, Jost de Jager, auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan in Kiel.

„Wir wollen die Menschen für unsere Schulen und eine bessere Bildung mobilisieren“, so Carstensen und de Jager. Ziel sei es, 20.000 Unterschriften (so viele, wie für eine Volksinitiative erforderlich wären) zu sammeln. Die

Zahl der gesamten Unterschriften werde in der Woche vor der Wahl veröffentlicht. Carstensen und de Jager: „Wir sind sicher, die Schulpolitik von Rot-Grün wird schon vor der Wahl abgewählt sein.“

„Der 20. Februar ist eine Schicksalswahl für die schleswig-holsteinischen Schulen. SPD und Grüne wollen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien abschaffen und durch die Einheitsschule ersetzen. Wir wollen die unbestritten vorhandenen Potenziale unserer Schulen nutzen und weiterentwickeln und die Schülerinnen und Schüler fit für ihr Leben und einen zunehmend internationalen Wettbewerb machen. Die Wähler in Schleswig-Holstein haben die Wahl zwischen Vereinheitlichung auf der einen Seite und der Vielfalt unserer Schulen auf der anderen Seite. Jedes Kind ist anders und hat deshalb Anspruch auf eine Schule, die den jeweiligen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und

**Für bessere Bildung.
Gegen die Einheitsschule!**



Die Kampagne beinhaltet Plakate, Flugblätter, Aufkleber sowie Postkarten und Unterschriftenlisten.

Fertigkeiten entspricht“, betonten die Christdemokraten.

Peter Harry Carstensen kündigte an, dass nach einem Wahlsieg die neue Landesregierung in bildungspolitischen Fragen eng mit Baden-Württemberg zusammenarbeiten werde. „Wir wollen eine bildungspolitische Partnerschaft mit dem modernsten Bildungsland in Deutschland, das sein Bildungssystem nach internationalen Maßstäben ausgerichtet“, so Peter Harry Carstensen wörtlich.

Nordrhein-Westfalen

Rüttgers startet durch

Mit einer CDU-Politik der Ehrlichkeit und klaren Konzepten für „Mehr Arbeit, Mehr Bildung und Weniger Staat“ wird die CDU in den Kampf um die Wählerstimmen zwischen Rhein und Ruhr ziehen.

„Die CDU NRW setzt auf eine Politik der Ehrlichkeit. Vor der Wahl werde ich konkret sagen, was ich nach der Wahl tun werde. Und ich werde nach der Wahl Punkt für Punkt das machen, was ich vorher angekündigt habe!“ Mit dieser deutlichen Botschaft eröffnete der Vorsitzende der CDU-NRW, Jürgen Rüttgers, die Neujahrespressekonferenz in Düsseldorf.

Neustart

Schonungslos zog Rüttgers Bilanz für Nordrhein-Westfalen: „Wachstumsschwäche, Rekordarbeitslosigkeit und Mittelmaß im Bildungswesen – das ist die landespolitische Abschlussbilanz der SPD-geführten Regierung in NRW. Ich will, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder aufwärts geht. Deswegen machen wir in unserem Land eine Politik der Ehr-



Jürgen Rüttgers

lichkeit und des Neustarts!“

„Auf den ganz entscheidenden Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit und Bildung wird die CDU in Nordrhein-Westfalen den Neuanfang durchsetzen“, kündigte Rüttgers an. Die horrende Arbeitslosigkeit und die verheerenden Unternehmenspleiten müssten ganz entschieden bekämpft werden. Die Zahl der Insolvenzen in NRW ist 2004 auf 12.280 gestiegen. Nahezu ein Drittel aller Firmenpleiten in Deutschland gehe auf das Konto von Rot-Grün in Düsseldorf.

Im Bereich der Bildung zerstöre der massenhafte Unterrichtsausfall und die von der SPD geplante Einheitsschule die Zukunft unserer Kinder. Kein Wunder sei es deswegen, dass NRW in allen Bildungsstudien hin-

tere, letzte Plätze oder bestenfalls Ränge im grauen Mittelfeld belegt. „Wir werden über dieses Thema auch vor der Wahl sprechen, damit die Wähler in NRW wissen, worum es im Mai in der Schulpolitik geht!“, versprach Rüttgers.

Zukunfts-kommission

Die CDU-Konzepte werden greifen. Da ist sich Jürgen Rüttgers ganz sicher. In einer Zukunftskommission erarbeitet der Landeschef ab sofort zusammen mit Spitzenpolitikern der CDU NRW den Entwurf eines Regierungsprogramms, das am 5. März zum Landesparteitag in Bochum vorliegt. Der Zukunftskommission gehören Karl-Josef Laumann, Friedrich Merz, Eckhard Uhlenberg, Christa Thoben, Oliver Wittke, CDU-Generalsekretär Hans-Joachim Reck und der Parlamentarische Geschäftsführer Helmut Stahl an. „Wir werden NRW aus der Sackgasse bringen. Ich weiß, wie man das macht. Ich traue mir das zu. NRW kommt wieder“, so Rüttgers kämpferisch.

Spitzengespräch von CDU und EKD

In einem Spitzengespräch haben Mitglieder des Präsidiums der CDU Deutschlands unter Leitung der CDU-Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter Leitung des Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber, Fragen der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der Europapolitik sowie der Bioethik diskutiert.

Beide Seiten betrachten einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union als problematisch. Die EKD wies in diesem Zusammenhang auf Defizite bei der Religionsfreiheit in der Türkei hin. „Wir wollen nicht zurück zu einer EU, die sich in erster Linie als Freihandelszone versteht“, so Bischof Huber. Sowohl EKD als auch CDU Deutschlands kritisierten das Fehlen eines Gottesbezugs in der Präambel des Europäischen Verfassungsvertrags.

CDU und EKD betonten, dass beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme die Menschen einen Anspruch auf Redlichkeit haben. „Angesichts der notwendigen Veränderungen drohen Sicherheiten verloren zu ge-



Angela Merkel



Bischof Wolfgang Huber

hen; deshalb ist eine verantwortungsvolle Balance zwischen Aufgaben des Einzelnen und der Gemeinschaft nötig“, sagte die CDU-Vorsitzende.

In der aktuellen Diskussion um die sogenannte Patientenverfügung sind sich CDU und EKD einig über den Vorrang der Schriftlichkeit einer solchen Verfügung. Nach Ansicht des Rates der EKD brauche es vermittelnde Vorschläge zwischen den bisher vorgestellten Positio-

nen der Enquetekommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ und des Bundesjustizministeriums. Weitere Themen des gemeinsamen Gesprächs waren die Stärkung von Familien sowie die Diskussion um Spätabtreibungen.

Das zweistündige Gespräch fand in einer offenen und freundlichen Atmosphäre statt. Beide Seiten vereinbarten, den Dialog in regelmäßigen Abständen fortzusetzen.

Treffen der Präsidien von EKD und CDU

EKD

+

CDU

Volker Kauder:

„Ohne neue Jobs wird Hartz IV zum Flop“

Zu den Arbeitsmarktzahlen für den Monat Dezember erklärte der designierte CDU-Generalsekretär Volker Kauder:

Die deutlich gestiegenen Arbeitsmarktzahlen für den Monat Dezember zeigen, dass die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor erfolglos bleibt. Deutschland braucht neue Jobs – doch Rot-Grün fehlt jegliches Konzept für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik.

Ohne neue Arbeitsplätze



V. Kauder, designierter Generalsekretär

wird Hartz IV zum Flop: Verwalten des Mangels alleine hilft nicht weiter; Bürger und Unternehmen brauchen dringend eine Politik, die

mit vernünftigen Reformen bei Arbeitsmarkt, Steuer- und Sozialsystemen die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schafft.

Die Union hat 20 Vorschläge zur Belebung des Arbeitsmarkts vorgelegt, die Rot-Grün im Bundestag komplett abgelehnt hat. Angesichts des Unwillens dieser Regierung, nachhaltige Reformen anzugehen, steht zu befürchten: Das neue Jahr könnte ebenso wie 2004 zum verlorenen Jahr am Arbeitsmarkt werden.

TATSÄCHLICHE ARBEITSLOSIGKEIT BEI ÜBER 9 MILLIONEN

4,46 Mio. Menschen waren im Dezember 2004 offiziell arbeitslos gemeldet. Doch die tatsächliche Unterbeschäftigung liege bei über 9 Millionen, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dietrich Austermann.

Grund für die höhere Zahl: Zu den registrierten Arbeitslosen kämen noch die so genannte „stille Reserve“ und die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu. Der Sachverständigenrat bezif-

fere die verdeckte Arbeitslosigkeit für das Jahr 2004 auf rund 1,65 Millionen Personen, so Austermann. Die „stille Reserve“ für 2004 gebe das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit rund 1,9 Mio. Betroffenen an. Damit belaufe sich das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung auf rund 8 Mio. Personen. Ab dem Jahr 2005 kämen noch einmal 1 Million erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger hinzu. In der Summe ergeben sich damit

9 Mio. tatsächliche Arbeitslose.

Zu den verdeckt Arbeitslosen zählen Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, etwa Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen. Hinzu kommen „Früh-Ruheständler“, die nicht mehr als arbeitslos registriert werden. Zu dieser Gruppe gehören Menschen, die in den Vorruhestand gehen, die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beziehen oder in Altersteilzeit arbeiten.

2 Jahre Bürokratieabbau: immer mehr Fragen ungelöst

Seit sechs Jahren regiert die rot-grüne Koalition, seit 2 Jahren gibt es erst den Masterplan Bürokratieabbau. Des- sen Bilanz ist erschütternd:

Statt weniger Regelungendichte verkündet die Bundesregierung ständig neue Gesetze und Rechtsverordnungen.

Allein in den letzten zwei Jahren sind 280 Gesetze und 903 Rechtsverordnungen verkündet worden. Außer Kraft gesetzt wurden in beiden Jahren nur 55 Gesetze und 233 Rechtsverordnungen.

Das jüngste Bürokratieungetüm bildet der neue Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes. Nicht nur, dass die Bundesregierung die von Brüssel allein für das Arbeitsrecht vorgesehenen Diskriminierungsmerkmale auch auf eine Vielzahl von anderen Vertragsverhältnissen ausweitet – der 139-seitige Gesetzesentwurf enthält zudem zahlreiche unklare Begriffe und ein kompliziertes Regel-Ausnahme-Labyrinth.

Auch der Behördenaufbau blüht unter der Bundes-



v. l.: der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs.

regierung, die bislang hauptsächlich mit großartigen Ankündigungen beim Bürokratieabbau in Erscheinung trat: Es gibt die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit 7.000 Mitarbeitern und 175 Millionen Euro Personalkosten, eine Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit 6.000 Beschäftigten und eine neue Mautüberwachungsbehörde mit knapp 1000 Mitarbeitern.

Die Union hat ein systematisches Konzept auf den Tisch gelegt, ebenfalls benennt sie deutlich die wichtigsten Sofortmaßnahmen, wie beispielsweise Abschaffung des Verbandsklagerechts, Vereinfachung von Schwellenwerten oder ein einheitliches Arbeitsvertragsgesetz-

buch. Befristung von Gesetzen und Rechtsverordnungen, 1:2-Regel, Beweislastumkehr und eine gesamtgesellschaftliche Gesetzesfolgenabschätzung sollen parallel als dauerhafte Mechanismen umgesetzt werden.

Denn gerade die Gesetzesfolgenabschätzung der Bundesregierung ist miserabel. Erst jüngst rügte der Bundesrechnungshof die Art und Weise, wie die Bundesregierung im Vorhinein Gesetzesfolgen beurteilt. Welche negativen Auswirkungen solche Gesetzesfolgen für Wirtschaft und Verbraucher haben können, belegen zahlreiche Studien. 46 Milliarden Euro pro Jahr kostet die Gesamtwirtschaft der alltägliche Bürokratielwahnsinn, 84% entfallen davon allein auf mittelständische Unternehmen.

Von ganzheitlichen Konzepten auf Seiten der Bundesregierung fehlt hingegen jede Spur – statt klarer Strukturen nur buntes Sammelsurium.

Rot-grüne Antidiskriminierung – ein Angriff auf die Vertragsfreiheit



Christean Wagner, hessischer Justizminister

Die rot-grüne Bundesregierung hat am 14. Dezember 2004 den Entwurf für ein sogenanntes Anti-Diskriminierungsgesetz vorgelegt.

In Zukunft soll es nach dem Willen von Rot-Grün die Möglichkeit geben, Arbeitgeber und Firmen auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie Personen beispielsweise wegen ihres Alters, Geschlechts, ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung benachteiligen. Entscheidender Punkt des Gesetzesvorhabens ist die Umkehr der Beweislast. Wenn ein Einzelner eine Benachteiligung glaubhaft macht, muss der mögliche Vertragspartner den Nachweis führen, dass er keine Benachteiligung aus den genannten Gründen vorgenommen hat.

Das Gesetz soll für Massengeschäfte gelten, also unter anderem für Arbeits- und Versicherungsverhältnisse, Verträge in Hotels, Gaststätten und Diskotheken sowie für Mietverträge, sofern es nicht um die Vermietung im sozialen Nahbereich, beispielsweise die Vermietung einer Einliegerwohnung, geht.

■ Beispiel

Die angekündigten Regelungen des Antidiskriminierungsgesetzes führen zu absurden Ergebnissen und Problemen. Das folgende Beispiel zeigt dies: Der Vermieter, der mehrere Wohnungen vermietet, hat zwei Interessenten für eine Wohnung, einen Asiaten und einen Italiener. Er entscheidet sich für den Italiener. Der asiatische Interessent klagt und behauptet, er sei wegen seiner Herkunft benachteiligt worden. Im Prozess muss der Vermieter beweisen, dass die behauptete Benachteiligung nicht zutrifft. Es liegt auf der Hand, dass dieser Negativ-Beweis schwer zu führen ist. Gelingt der Nachweis nicht, soll der Vermieter Schadensersatz leisten müssen.

■ Einwände

Das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung verstößt gegen tragende Prinzipien des Grundgesetzes. Die soziale Marktwirtschaft beruht auf der Vertragsfreiheit, die von Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich garantiert wird. Die Vertragsfreiheit umfasst das Recht, Verträge im Rahmen der zivilrechtlichen Ordnung frei zu schließen und aufzulösen. Von Vertragsfreiheit kann keine Rede mehr sein, wenn das angekündigte Gesetz in Kraft tritt. Es ist der Vertragsfreiheit fremd, dem Einzelnen vorzuschreiben, welche Gesichtspunkte für den Abschluss oder die Gestaltung eines Vertrages maßgeblich sein dürfen. Erst recht widerspricht es dem Grundsatz, dem potentiellen Vertragspartner einen Rechtfertigungsdruck dafür aufzuerlegen, dass er von einem Vertragsschluss abgesehen hat.

Arbeitgeber und Unternehmer befürchten zu Recht, durch das Antidiskriminierungsgesetz mit einem hohen Prozessrisiko und umfangreichen Dokumentationspflichten erheblich be-

lastet zu werden. Das Gesetzesvorhaben konterkariert damit die Bemühungen einer Deregulierung, die dem Ziel verpflichtet ist, endlich einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen.

■ Europarechtliche Hintergründe

Die rot-grüne Bundesregierung macht es sich zu einfach, wenn sie ihr Antidiskriminierungsgesetz mit europarechtlichen Vorgaben begründet. Die von der Bundesregierung angekündigten Bestimmungen gehen weit über die maßgebliche Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 2000 hinaus. So betrifft die

EU-Richtlinie nur Diskriminierungen nach Rasse und ethnischer Herkunft, in Deutschland dagegen soll das Prinzip der Antidiskriminierung umfassend auch für die sexuelle Orientierung, das Alter und die Behinderung gelten. Im Übrigen sind europarechtliche Bestimmungen nicht unumstößlich. Die Bundesregierung hätte gut daran getan, sich offensiv für die Wahrung deutscher Interessen auf der europäischen Ebene einzusetzen. Stattdessen diskutiert sie koalitionsintern seit mehr als vier Jahren über die Frage, in welchem Umfang die innerstaatliche Umsetzung über

die Richtlinie hinausgehen soll.

■ Ausblick

Die CDU ist den Grundsätzen eines freiheitlichen Wirtschaftssystems in der Tradition Konrad Adenauers und Ludwig Erhards verpflichtet. Nur die wirtschaftliche Freiheit schafft die Grundlage für Wachstum und Fortschritt. Außerdem ist sie Ausdruck der verfassungsrechtlich verbrieften Freiheit. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die genannten Prinzipien zu verteidigen und daher entschieden gegen das Vorhaben des sogenannten Antidiskriminierungsgesetzes einzutreten.

RECHENSCHAFTSBERICHT: GEÄNDERTE FORMBLÄTTER

Die im Mitgliedernetz zur Verfügung stehenden Formblätter (Exceltabellen) für den Rechenschaftsbericht 2004 wurden geändert, da für die Landes- und Kreisverbände in der Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG die Positionen „Forderungen an Gliederungen“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen“ sowie „Zuschüsse von Gliederungen“ und „Zuschüsse an Gliederungen“ eingefügt werden müssen. Sofern Ihr Verband den Abschluss schon

erstellt hat, lassen Sie bitte die Zahlen in das geänderte Formblatt übertragen.

Zusätzlich wurde eine „Versicherung“ in das Mitgliedernetz gestellt (siehe unter: Organisation/Parteiorganisation/Verträge und Finanzen), welche nicht Bestandteil des Rechenschaftsberichtes 2004 ist, sondern separat abgegeben werden soll und der Bezugnahme auf die Vollständigkeit gemäß § 29 Abs. 3 PartG dient. Es genügt, wenn das für Finanzangelegenheiten zustän-

dige Vorstandsmitglied diese Versicherung unterschreibt. Auch die ins Netz gestellte „Checkliste“ ist nicht Bestandteil des Rechenschaftsberichtes 2004, sondern dient nur als (interne) Orientierungshilfe bei der Erstellung des Rechenschaftsberichtes.

Der Rechenschaftsbericht 2004 besteht insgesamt aus zwei Teilen: einem Zahlenteil (Exceltabellen) und einem Erläuterungsteil (Word-Dokument).

www.cdunet.de

Hoffnung auf Frieden in Nahost

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert dem neuen Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas zu seinem überzeugenden Wahlsieg.

Sie begrüßt, dass die Wahlen fair und demokratisch verlaufen sind und damit auch ein Vorbild für andere Staaten in der arabischen Welt sein könnten.

Esgibt neue Hoffnung auf Frieden im Nahost. Die Wahl von Mahmud Abbas, die Bildung der Großen Koalition in



Friedbert Pflüger

Israel, der angekündigte israelische Rückzug aus dem Gaza-Streifen sowie die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Bush, die Lösung des Nahost-Konfliktes zur Priorität seiner

Außenpolitik zu machen: Damit besteht die Chance auf einen Neubeginn in den israelisch-palästinensischen Beziehungen und für die Fortsetzung des Friedensprozesses auf der Grundlage der Road Map. Ziel muss auch weiterhin die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates und eines sicheren Israel sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet deshalb von dem neuen Palästinenser-Präsidenten, dass er den Terror der extremen Palästinenser gegen Israel beendet.

Um die jetzt gegebene Chance erfolgreich nutzen

PLO-CHEF MUSS KORRUPTION BEKÄMPFEN

Mit einer deutlichen Mehrheit von 62,3 Prozent hat Mahmud Abbas die palästinensische Präsidentenwahl gewonnen. Doch jetzt muss der PLO-Chef beweisen, dass seine Machtbasis für eine wirkliche Kursänderung ausreicht; innen wie außenpolitisch.

Wir wünschen Mahmud Abbas bei der Bewältigung der vor ihm liegenden Aufgaben eine glückliche Hand. Denn auf dem Amtsnachfolger des verstorbenen Palästinenserführers Arafat lastet eine schwere Hypothek. Man denke nur an die vielen Berichte, de-

nen zufolge unter Arafat horrende Geldbeträge veruntreut wurden. Generäle und Politiker der Autonomiebehörde avancierten auf ungeklärte Weise zu Millionären.

Korruption ist Diebstahl von Volkseigentum, das für eine nachhaltige Entwicklung in den palästinensischen Gebieten dringend erforderlich ist. Ohne den Aderlass durch Korruption kann die Entwicklungspolitik die palästinensische Regierung dabei unterstützen, über eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die Grundlage für einen

aussichtsreichen Friedensprozess zu legen.

Die Bekämpfung der Korruption wird der Gradmesser für die Glaubwürdigkeit und Integrität des neu gewählten Präsidenten sein. Und nur ein solcher Präsident ist dazu geeignet, die Friedensverhandlungen mit Israel im Sinne der „Road Map“ wieder aufzunehmen und zum Erfolg zu führen.

Christian Ruck ist entwicklungspolitischer Fraktionssprecher und **Siegfried Helias** ist der im Entwicklungsausschuss für den Nahen Osten zuständige Berichterstatter.

zu können, ist größtmögliche Geschlossenheit zwischen Europa und Amerika unverzichtbar. Europa muss sein ganzes politisches Gewicht in diesen Prozess einbringen, es darf sich nicht auf die Rolle des Zahlmeisters reduzieren lassen. Dies zu erreichen, ist eine besondere Verpflichtung der Bundesregierung und insbesondere von Außenminister Fischer.

Friedbert Pflüger ist außenpolitischer Fraktionssprecher.

Haushaltsloch über 10 Milliarden Euro

Noch nicht in Kraft getreten weist der Bundeshaushalt bereits ein Risiko von mehr als 10 Mrd. € auf.

Lüftet man den Schleier der Verfassungsmäßigkeit, an dem Eichel entgegen dem Sachverstand seiner Beamten und damit wider besse-

res Wissen festhält, ergibt sich ein Defizit von mehr als 30 Mrd. € statt der offiziell reklamierten 22 Mrd. €. Im Einzelnen ergeben sich folgende Haushaltsrisiken:

- Der mit 2 Mrd. € veranschlagte Bundesbankgewinn wird mit hoher Wahrscheinlichkeit komplett ausfallen. Grund ist im Wesentlichen der hohe Abschreibungsbedarf auf die Dollarreserven, der sich aus der anhaltenden Dollarabwertung im Jahr 2004 ergibt.

- Die Tabaksteuereinnahmen werden voraussichtlich um 1 Mrd. € niedriger als geplant sein. Die drastische Erhöhung der Tabaksteuer hat zu erheblichen Ausweichreaktionen geführt, so dass trotz Erhöhung der Steuersätze das Einkommen sinkt.

- Die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen belaufen sich auf schätzungsweise 1 Mrd. €. Die Bundes-



Dietrich Austermann

regierung unterstellt ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 1,7% für 2005, während die Forschungsinstitute ihre Prognosen bereits deutlich nach unten revidiert haben (IfW: 0,8%, RWI: 1,3%). Wahrscheinlich liegt das tatsächliche Wachstum 2005 bei rd. 1%.

- Bei den Maut-Einnahmen ist von einem Risiko von rd. 1 Mrd. € auszugehen.

- Das Risiko bei Hartz IV beträgt nach ersten groben Schätzungen rd. 4 Mrd. €. Die Zahl der Langzeitar-

NEUE AUSSIEDLERBROSCHÜRE ÜBERGEBEN

Der Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, **Jochen-Konrad Fromme**, übergab der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel die neue Broschüre zum Thema Aus-

siedler. Sie enthält wichtige Hinweise für die Betroffenen selbst, aber auch für Personen, die sich mit dem Problemkreis der Spätaussiedler befassen.

Fromme dankte der Vorsitzenden für ihre klare Position zu den Aussiedlerfragen. Die Union steht zu der

Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes mit den Spätaussiedler. Sie sind nach wie vor ein Gewinn für die Bundesrepublik. Da wo es Probleme gibt, müssen die Fragen aktiv angegangen und der Integrationsprozeß beschleunigt werden.

beitslosen wurde zu niedrig angesetzt, die Quote der abgelehnten Anträge zu hoch. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Zahl der tatsächlichen Anspruchsberechtigten um 300.000 bis 400.000 über dem angenommenen Empfängerkreis liegen wird.

■ Der Haushalt 2005 enthält eine Globale Minderausgabe von über 1 Mrd. €. In den Haushaltsberatungen ist die Globale Minderausgabe von 2 Mrd. € nur knapp zur Hälfte auf die Ressorts verteilt worden.

■ Es besteht die Gefahr, dass aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums und der schlechten Entwicklung bei den Beitragseinnahmen gegen Ende des Jahres 2005 ein zusätzlicher Bundeszuschuss zur Rentenversicherung notwendig wird. Das Risiko beläuft sich auf ca. 1 Mrd. €.

Dabei sind die geplanten Privatisierungserlöse von 23 Mrd. € wie auch die angekündigten 500 Mio. € Fluthilfe noch nicht berücksichtigt. Bei dieser Sachlage zu behaupten, die Tsunami-Hilfe sei ohne zusätzliche Schulden oder Einschnitte in andere Projekte zu leisten, ist schlicht unredlich.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

City-Maut schadet den Städten

Eine City-Maut ist mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zu machen.

Die von Rot-Grün angezettelte Diskussion um Gebühren für die innerstädtische Straßennutzung nach dem Vorbild der Londoner City-Maut zeigt einmal mehr die wahre rot-grüne Ideologie: Die Autofahrer sollen kräftig zur Kasse gebeten werden.

Fakt ist, dass eine belastungsabhängige Maut die Verkehrsspitzen zwischen 7–9 Uhr und 16–18 Uhr in deutschen Städten nicht in nennenswertem Umfang verändern kann. Die Zahl der Pendler und derjenigen, die innerstädtisch mit dem Auto zur Arbeit fahren, wird sich durch eine Maut nicht wesentlich verändern.

Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) darf nicht – wie von Rot/Grün beabsichtigt – über eine City-Maut dem Autofahrer allein aufgebürdet werden. Wer einen leistungsfähigen ÖPNV als Alternative zum Individualverkehr wünscht, sollte nicht noch mehr Subventionen und eine noch höhere Belastung des Straßenverkehrs fordern, sondern sich für einen offenen und gleichberechtigten



Georg Brunnhuber

Wettbewerb aussprechen. Ferner ist angesichts der Finanznot vieler Städte zu befürchten, dass die Einnahmen aus einer möglichen City-Maut in den allgemeinen Haushalt fließen. Auch verlieren die Städte gegenüber dem Umland durch die Gebühren weiter an Attraktivität. Schon heute werben Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ mit kostenlosen Parkplätzen. Die Stadt büßt somit als Wirtschaftsstandort mehr und mehr an Bedeutung ein. Beispielsweise verzeichnen die Händler in London nach der Mauteinführung einen Umsatzrückgang von über 15 Prozent. Im Ergebnis führt die City-Maut lediglich zu einem Verdrängungseffekt, indem sie Kaufkraft von den Städten abzieht und zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen im Umland führt.

Georg Brunnhuber ist stellvertretender verkehrspolitischer Fraktionssprecher.



**Broschüre „Wir bleiben an Ihrer Seite“
Information für Aussiedler**

Bestell-Nummer: **5173**

Preis je 50 Stück: **19,50 €**

inkl. MwSt.: 20,87 €



**Leporello „Sicherheit zuerst.“
Die Konzepte der CDU zur Inneren Sicherheit**

Bestell-Nummer: **2187**

Preis je 100 Stück: **6,50 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €



**Leporello
„Für ein starkes Europa mit Grenzen“**

Bestell-Nummer: **2185**

Preis je 100 Stück: **6,50 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €



**Leporello
„Freie Wahl für Familien“**

Bestell-Nummer: **2184**

Preis je 100 Stück: **6,50 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €

Bestellschein > CDU-Kalender

Fax 05241/8 04 18 92

arvato logistics services
 - IS-Versandzentrum -
 Postfach 1162
 33759 Versmold

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell- Nummer	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
			(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt.)	
	9183	CDU-Kalender	8,53	9,90	



Kalender

Hochglanzbilderdruck
 im Superformat

49 x 65 cm
 jeder Monat mit
 2 Plakatmotivseiten

Bestell-Nr. **9183**
 Preis je Kalender: **8,53 Euro**
 inkl. MwSt.: **9,90 Euro**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Datum, Unterschrift

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Zeitschrift „Gesundheit Aktuell“

Bestell-Nummer: **1191**

Preis je 50 Stück: **11,50 €**

inkl. MwSt.: 12,30 €



Leporello „Die Gesundheitsprämie der CDU“

Bestell-Nummer: **2188**

Preis je 50 Stück: **10,46 €**

inkl. MwSt.: 11,19 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de